

N i e d e r s c h r i f t

**über die 13. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Dienstag, dem 12. Dezember 2017, um 20:00 Uhr im Sitzungssaal der Lindener Ratsstuben**

Stadtverordnetenvorsteher: Burckart, Ralf

Stadtverordnete:

- Arnold, Jürgen
- Bausch, Hans
- Bork, Anneliese
- Buchborn-Klos, Ellen
- Geiselbrechtinger, Renate
- Granzer, Georg
- Globuschütz, Axel
- Dr. Goll, Michaela
- Hansmann, Dirk
- Heine, Volker
- Hille, Frank
- Hoth, Wolfgang
- Koch, Gisela
- Lang, Gudrun
- Lenz, Karin
- Dr. Lenz, Ulrich
- Leun, Manfred
- Lodde, Franziska
- Lodde, Hendrik
- Löser, Friedel
- Markgraf, Antje
- Markgraf, Uwe
- Nöh, Burkhard
- Reinwald, Peter
- Rippl, Frank
- Schaffer, Franziska
- Schaffer, Joachim
- Schimmel, Dirk
- Dr. Schütz, Christof
- Steinberg, Tim-Ole
- Utschig, Thomas
- Wedemann, Fabian
- Weigel, Lothar
- Weitze, Alisha
- Weitze, Sigrid
- Dr. Worm, Heinz-Lothar

Magistrat:

- Bürgermeister König, Jörg
- Erster Stadtrat Arnold, Norbert
- Stadtrat Altenheimer, Thomas
- Stadträtin Braun, Petra
- Stadtrat Deeg, Sven
- Stadtrat Gath, Wolfgang
- Stadtrat Krapf, Reinhold

	Stadtrat Trinklein, Gerhard Stadtrat Wolter, Michael
Ausländerbeiratsvorsitzender:	Abrahamian, Abraham
Frauenbeauftragte:	--
Jugendvertretung:	--
Gäste:	Herr Robert Kreuzinger-Ibe Herr Karl-Heinz Frank (NABU) Herr Dietmar Reichel (IG Wasserhaus) Herr Wilfried Zörb
Verwaltung:	Andreas Zenkert, Christian Mai, Birgit Dilger-Becker
Presse:	Sekatsch, Harold (Gießener Allgemeine) Wißner, Thomas (Gießener Anzeiger)
Zuhörer:	17
Protokollantin:	Petra Schäfer

Tagesordnung:

1. Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Verabschiedung des ehrenamtlichen Stadtrates Robert Kreuzinger-Ibe
3. Verleihung des Umweltpreises der Stadt Linden
4. Fragestunde gemäß § 16a der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden
5. Berichterstattung durch den Magistrat

Beschlüsse:

6. Neubau einer Kindertagesstätte
- Magistratsvorlage Nr. 038a/16/21 -
7. Beschlussfassung über die 3. Nachtragshaushaltssatzung und den Nachtragshaushaltsplan der Stadt Linden für das Jahr 2017
- Magistratsvorlage Nr. 046a/16/21 -
8. Jahresabschluss der Stadtwerke Linden für das Wirtschaftsjahr 2016
- Magistratsvorlage Nr. 048/16/21 -
9. Vertrag über die interkommunale Zusammenarbeit bei der Erfüllung von Aufgaben nach dem Hessischen Brand- und Katastrophenschutzgesetz (HBKG)
- Magistratsvorlage Nr. 049/16/21 -

10. Einbringung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes der Stadt Linden sowie des Wirtschaftsplanes der Stadtwerke der Stadt Linden für das Jahr 2018
- Magistratsvorlage Nr. 056/16/21 -
11. Förderung und Etablierung von Blühstreifen und -flächen in Linden „Bienenfreundliche Stadt“
- Antrag SPD – Fraktionsantrag Nr. 049/16/21 -
12. Antrag zur Veröffentlichung der Protokolle auf der Internetseite der Stadt Linden und im zukünftigen Ratsinformationssystem
- Antrag FDP – Fraktionsantrag Nr. 051/16/21 -
13. Antrag auf Nichtverwendung von Glyphosat-haltigen Pestiziden
- Antrag Bündnis 90 / DIE GRÜNEN – Fraktionsantrag Nr. 052/16/21 -

Kenntnisnahmen:

14. Mitteilungen und Ergebnisse zu vorliegenden Anfragen / Prüfanträge
 - a) Anfragen nach § 16 b der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden
 - a1) Anfrage der FDP-Fraktion bezüglich öffentlichen Wege im Außenbereich
 - a2) Anfrage der FDP-Fraktion bezüglich der Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung zu FDP-Fraktionsantrag 031/16/21
 - a3) Anfrage der CDU-Fraktion bezüglich der Errichtung der Photovoltaik-Anlage auf dem Dach der Kindertagesstätte Regenbogenland
 - a4) Anfrage der FDP-Fraktion bezüglich der Vergabep Praxis der Stadt Linden – Planungs-, Ingenieur- und Architektenleistungen
 - a5) Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN bezüglich städtischer Kinderspielplätze
 - a6) Anfrage der Stadtverordneten Karin Lenz bezüglich des Zeitungsartikels im Gießener Anzeiger am Samstag, 02.12.2017 „Unmut im Stadtzentrum“
15. Verschiedenes

Zu TOP 1:

Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Stadtverordnetenvorsteher Burckart eröffnet die 13. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde, die vorgeschriebene Veröffentlichung in den Lindener Nachrichten erfolgte und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Traditionsgemäß gratuliert der Stadtverordnetenvorsteher danach allen Parlamentariern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten.

Zur Tagesordnung ergibt sich folgende Änderung:

TOP 10 wird nach hinten auf TOP 13 verschoben, dadurch rücken die TOP 11, TOP 12 und TOP 13 jeweils einen Platz nach vorne.

Die Anfrage der Stadtverordneten Frau Lenz unter TOP 14 a6) gehört zu TOP 4 und wird dorthin verschoben.

Herr Reinwald stellt für die FDP den Dringlichkeitsantrag zur Ergänzung der Tagesordnung um folgenden Punkt:

1. Der Magistrat wird aufgefordert, unverzüglich den unter TOP 13 gefassten Beschluss, der Stadtverordnetenversammlung – Fraktionsantrag 31/16/21 der FDP-Fraktion umzusetzen. Alle Vorgaben dieses Antrags sind bis zum 31.01.2018 zu erfüllen.
2. Der Magistrat wird aufgefordert, erst nach der Beauftragung und einer konzeptionellen Abstimmung mit den externen Fachkräften weiterführende Aufträge (auch Planungsaufträge) zu vergeben.

Herr Hille stellt fest, dass der Beschluss Bestand hat. Die CDU stimmt dem Dringlichkeitsantrag nicht zu.

Herr Reinwald wendet daraufhin ein, dass die Leistungsphasen 1-4 bereits vergeben wurden und die externen Fachkräfte gestalten sollen und nicht korrigieren.

Herr Bausch teilt mit, dass die Freien Wähler dem Dringlichkeitsantrag ebenfalls nicht zustimmen.

Da keine weiteren Wortbeiträge erfolgen, bittet Herr Burckart um Abstimmung.

Die Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag ergibt folgendes Ergebnis:

Ja-Stimmen 6

Nein-Stimmen 21

Enthaltungen 10

Die erforderliche 2/3 Mehrheit (25 Ja-Stimmen) ist nicht gegeben. Daher wird dem Antrag nicht stattgegeben.

Zu TOP 2

Verabschiedung des ehrenamtlichen Stadtrates Robert Kreuzinger-Ibe

Bürgermeister Jörg König hält die Laudatio und würdigt die Verdienste von Herrn Robert Kreuzinger-Ibe. Herr Kreuzinger-Ibe wird mit einem Blumenstrauß verabschiedet.

Zu TOP 3

Verleihung des Umweltpreises der Stadt Linden

Das Vergabegremium hat in seiner Sitzung am 23.11.2017 beschlossen, den Umweltpreis in voller Höhe (1.000,00 €) zweimal zu vergeben.

Vorgeschlagen wurden:

IG Wasserhaus

Herr Wilfried Zörb (Imker)

Herr Andreas Schneider c/o die Bürgerinitiative Linden gegen Straßenausbaubeiträge

Ausgewählt wurden:

IG Wasserhaus, vertreten durch Herrn Karl-Heinz Frank vom NABU sowie Herr Dietmar Reichel von der IG.

sowie Herr Wilfried Zörb für seine Verdienste um die Imkerei.

Herr Andreas Schneider c/o die Bürgerinitiative Linden gegen Straßenausbaubeiträge wurde nicht berücksichtigt.

Herr Bausch hält die Laudatio für die IG.

Der symbolische Scheck, die Urkunde sowie ein Blumenstrauß werden von Herrn Burckart an Herrn Karl-Heinz Frank sowie Herrn Dietmar Reichel übergeben. Herr Hans-Joachim Häuser konnte aus persönlichen Gründen nicht teilnehmen.

Für Herrn Zörb hält Bürgermeister König die Laudatio und würdigt sein Lebenswerk rund um die Imkerei.

Der symbolische Scheck, die Urkunde sowie ein Blumenstrauß werden von Herrn Burckart überreicht.

Zu TOP 4

Fragestunde gemäß § 16a der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden

Die Anfrage der Stadtverordneten Karin Lenz bezüglich des Zeitungsartikels im Gießener Anzeiger am Samstag, 02.12.2017 „Unmut im Stadtzentrum“ wird von TOP 14 a6) auf TOP 4 verschoben.

Bürgermeister König hat die Anfrage bereits schriftlich beantwortet.

Frau Lenz fragt nach, ob die Anlieger und betroffenen Parteien mit in die Planung eingeschlossen werden sollen.

Zu TOP 5

Berichterstattung durch den Magistrat

Bürgermeister König berichtet,

- der Magistrat hat beschlossen, kleine Umbaumaßnahmen bei der KiGa Obergasse vorzunehmen. Dadurch kann zum 01.03.2018 die Punktzahl von 88 auf 100 Punkte erhöht werden.

- die Sanierung des TSV-Hartplatzes läuft, konnte aber aufgrund der frostigen Wetterlage noch nicht abgeschlossen werden.

- Baugebiet „Nördlich Breiter Weg“ – es sind noch 7 attraktive Bauplätze frei, da Reservierungen zurückgezogen wurden. Interessentenliste wird abgearbeitet.

- auf die Nachfrage von Herr Heine im Bauausschuss am 05.12.17, ob durch die Baufirma nicht verdichtungsfähiges Aushubmaterial auf den Baugrundstücken eingebracht wurde, haben wir uns mit der HLG und der zuständigen Baufirma in Verbindung gesetzt. Von dort wurde uns mitgeteilt, dass im Bereich der Zufahrten kleinere Mengen an Aushubmaterialien, aus den Rohrgräben, zur Angleichung des Straßenniveau an das Grundstücksniveau eingebracht wurde. Auf den Restflächen der Baugrundstücke wurde ausschließlich Mutterboden verteilt. Der überschüssige Mutterboden und der Aushub aus den Rohrgräben der Ver- und Entsorgungsleitungen und des Straßenbaus wurden komplett abgefahren.

- Herr Andreas Zenkert wird vorgestellt. Er ist für das Hauptamt zur Unterstützung für die Gremienarbeit eingestellt worden.

Frau Lang stellt eine Anfrage betreffend der Leistungsbilanz Linden 2036.

Bürgermeister König antwortet, dass ein Unternehmen ausgewählt wurde.

Herr Burckart weist darauf hin, dass diese Anfrage unter TOP 4 bzw. TOP 14 fallen würde.

Zu TOP 6

Neubau einer Kindertagesstätte

- Magistratsvorlage Nr. 038a/16/21 –

Bürgermeister König teilt mit, dass im Bauausschuss eine Textänderung der Magistratsvorlage auf den Weg gebracht wurde.

Herr Burckart fragt die Fachausschüsse nach Ihren Beschlüssen:

Frau Dr. Goll für den Fachausschuss JSSK teilt mit, dass noch keine Beschlussempfehlung gefasst wurde.

Herr Nöh für den Fachausschuss Haupt- und Bauausschuss teilt mit, dass folgende Änderungen des Beschlussantrages der Magistratsvorlage-Drucksache Nr. 038a/16/21 wie folgt:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, einen Kindergarten zu bauen. Grundlage für den Bau sind die vorgelegten Entwurfspläne. Die Ausführungsplanung wird in den Ausschüssen noch einmal vorgelegt und durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen.
2. Folgendes Energiekonzept ist anzuwenden: „Variante 1 (KfW55)“ mit folgender Ergänzung: „Und rechnerischer Nachweis der einzelnen Wärmebrücken“.
3. Die Vergabe wird im Rahmen des Hess. Vergabe- und Tariftreuegesetzes (HVTG) und allen weiteren erforderlichen gesetzlichen Vorgaben erfolgen.

4. Der Magistrat wird beauftragt, sämtliche Fördermittel zu prüfen (KfW-Kredite, KfW-Fördermaßnahmen, Fördermaßnahmen des. Hess. Umwelt- und Wirtschaftsministeriums, Landkreis Gießen, WI-Bank usw.) und abzufragen.
5. Der Magistrat erstellt gemeinsam mit dem Landkreis Gießen ein Verkehrskonzept zur Andienung der Schule und der Kindergärten; unter Einbeziehung der Zufahrt zum Neubaugebiet

mit 8 Ja-Stimmen und einer Enthaltung zur Beschlussempfehlung an die Stadtverordneten gegeben wird.

Frau Lodde für den Fachausschuss HFA teilt mit, dass mit der Textänderung der Magistratsvorlage mit 8 Ja-Stimmen und einer Enthaltung die Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung ausgesprochen wird.

Herr Dr. Schütz stimmt grundsätzlich zu, bemängelt aber die Vorgehensweise, die Planung sowie die Kosten der Fehlplanung und der Folgekosten. Die Fraktion Die Grünen schließen sich dem Antrag so nicht an.

Auf die Wichtigkeit des KiTa-Neubaus geht Herr Lodde ein. Er dankt ausdrücklich der AG KiTa-Neubau, dem Bauausschuss und dem JSSK für die Umsetzung und die Zusammenarbeit. Nachhaltigkeit durch KfW55 ist gegeben. Die CDU stimmt dem Neubau zu.

Frau Lang bemängelt fehlenden Wettbewerb und führt aus, dass die Erfahrungen der KiTa Regenbogenland in der Passivhaus-Bauweise überwiegend negativ seien. Die SPD stimmt den Änderungen der Magistratsvorlage und dem Neubau der KiTa zu.

Herr Reinwald teilt mit, dass die FDP-Fraktion selbstverständlich zustimmt. Zugunsten der Kinder wurde in den Ausschüssen ein tragbarer Kompromiss beschlossen. Es wird ebenfalls der fehlenden Wettbewerb für die Leistungsphasen 1-4 bemängelt. Er regt an, wenn ein externer Berater da ist, zu prüfen, ob ab Leistungsphase 5 ein Generalunternehmen zu beauftragen sei, was auch zu einer gewissen Kostensicherheit führen würde.

Die FDP stellt den Antrag, die Magistratsvorlage um den Punkt 6 mit folgendem Inhalt zu ergänzen:

Es soll geprüft werden, ob die Gesamtmaßnahme ab der Leistungsphase 5, inkl. der Architektenleistung, an einen Generalunternehmer vergeben werden kann und dementsprechend ausgeschrieben werden kann.

Herr Bausch von den Freien Wählern teilt mit, dass die Fraktion mit der ursprünglichen Magistratsvorlage nicht einverstanden gewesen ist, den Änderungen der Magistratsvorlage aber zustimmen. Kleine Kleinigkeiten, z.B. ein Fahrstuhl, sollten noch geklärt werden.

Herr Burckart stellt fest, dass alle Fraktionen ihre Wortmeldungen hatten. Er bittet um Abstimmung über den Erweiterungsantrag der FDP-Fraktion um Erweiterung der Magistratsvorlage um Punkt 6.

Frau Lodde fragt nach, was die Formulierung bedeutet, zu prüfen, ob die Maßnahmen ab Leistungsphase 5 an ein Generalunternehmen übergeben werden kann. Für sie ist es eine schwierige Antragsformulierung.

Die ausführliche Erläuterung erfolgt durch Herrn Reinwald.

Herr Hille geht davon aus, dass der Magistrat grundsätzlich zum Wohle der Stadt entscheidet, findet die Anregung aber gut. Er schlägt vor, den Vorschlag der FDP als Protokollnotiz aufzunehmen.

Herr Reinwald zieht den Antrag zurück, wenn der Vorschlag als Protokollnotiz aufgenommen wird und eine Prüfung durch den Magistrat erfolgt.

Die Protokollantin wird angewiesen, den Antrag der FDP-Fraktion als Protokollnotiz aufzunehmen:

Es soll geprüft werden, ob die Gesamtmaßnahme ab der Leistungsphase, inkl. der Architektenleistung, an einen Generalunternehmer vergeben werden kann und dem entsprechend ausgeschrieben werden kann.

Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, ruft Herr Burckart zur Abstimmung auf.
Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 038a/16/21 ergibt folgendes Ergebnis:
Ja-Stimmen 33
Nein-Stimmen keine
Enthaltungen 4

Zu TOP 7

Beschlussfassung über die 3. Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan der Stadt Linden für das Jahr 2017

- Magistratsvorlage Nr. 046a/16/21 -

Bgm. König erläutert nochmals die Vorlage. Er benötigt zum Vertragsabschluss die haushaltärtschen Mittel. Aufgrund der Erkrankung eines Mitarbeiters der Kämmererei hat beim letzten Vertrag eine Anlage gefehlt. Ohne Vollständigkeit des Vertrages kann keine Beratung erfolgen. Der Vertrag soll entsprechend mit allen Gremien besprochen werden.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat bei 8 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme eine Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung ausgesprochen.

Der JSSK gibt ebenfalls eine Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung ab.

Herr Bausch teilt mit, dass die Freien Wähler von Anfang an gegen eine Bezuschussung des Neubaus der Schulsporthalle der Anne-Frank-Schule an den Landkreis sind. Er stellt in Frage, ob die eingeplanten Mittel in Höhe von 702.000,00 € ausreichend sind. Bisher wäre noch kein Bauauftrag des Landkreises, als Schulträger, erfolgt.

Bürgermeister König ist es wichtig, die Schulsporthalle nach dem Schulsportbetrieb den Vereinen zur Nutzung zur Verfügung zu stellen.

Herr Bausch bezweifelt, dass die Ausgabe kostentragend ist.

Bürgermeister König teilt mit, dass Berechnungen erfolgt sind. Diese Berechnungen haben ergeben, dass sich die Kosten innerhalb von 12 Jahren egalisieren würden.

Herr Schaffer bemängelt, dass keine Aufschlüsselung der Kosten im Vertragsentwurf enthalten sind.

Er weist auf einen Verstoß gegen den § 12 (1) der Gemeindehaushaltsordnung hin. Die Vorgangsweise des Magistrats ist unverantwortlich.

Bürgermeister König antwortet darauf, dass es auch unverantwortlich wäre, den Vereinen keine Nutzung zu ermöglichen. Ohne die Kostenbeteiligung der Stadt Linden würden sich die Nutzungskosten erheblich erhöhen.

Herr Leun weist nochmals auf die Rechtswidrigkeit des Vorgangs hin. Weiterhin müssten die Aufzinsung des Betrages berücksichtigt werden sowie die Abschreibungen.

Herr Reinwald teilt mit, dass der Konsens, der Nutzung der Halle durch die Vereine, in Ordnung ist. Er bemängelt ebenfalls den fehlenden Vertrag. Er fragt Herrn Leun, ob die Stadtverordneten persönlich haftbar sind bei einer Abstimmung. Er bemängelt auch den Entwurf des Vertrages. Die Verträge sollen sauber ausgehandelt werden. Zuschüsse sollen ebenfalls 75% zu 25 % aufgeteilt werden. Die FDP stimmt dem Beschluss zu.

Herr Hille bemängelt das Abdriften in eine Grundsatzdiskussion. Um starten zu können muss im ersten Schritt das Geld bereitgestellt werden und dann muss im zweiten Schritt der Vertrag ausgehandelt werden.

Herr Burckart weist darauf hin, dass die Entscheidungen vom Parlament getroffen werden und der Magistrat vom Parlament mit der Durchführung beauftragt wird.

Dr. Schütz sieht ebenfalls ein juristisches Problem und gibt zu bedenken, dass es gesetzliche Grundlagen gibt. Er stellt die Frage an den Magistrat und die Verwaltung ob die Daten rechtzeitig vorgelegt werden.

Herr Bausch bittet um das Abklopfen der rechtlichen Vorgaben.

Herr Burckart bittet um Abstimmung.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 046a/16/21 ergibt folgendes Ergebnis:

Ja-Stimmen 31

Nein-Stimmen 6

Enthaltungen keine

Zu TOP 8

Jahresabschluss der Stadtwerke Linden für das Wirtschaftsjahr 2016

- Magistratsvorlage Nr. 049/16/21 -

Bgm. König erläutert den Jahresabschluss. Für die geplanten Investitionen wird am 17.01.2018 eine Betriebskommission einberufen.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Herr Dr. Schütz fragt nach, warum der Jahresabschluss 2016 und Lagebericht 2016 nicht fristgerecht erstellt war und warum den Abschreibungen keine Investitionen gegenüberstehen.

Bürgermeister König teilt mit, dass die Antwort schriftlich erfolgen wird.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 048/16/21 ergibt folgendes Ergebnis:

Ja-Stimmen 37

Nein-Stimmen 0

Enthaltungen 0

Zu TOP 9

Vertrag über die interkommunale Zusammenarbeit bei der Erfüllung von Aufgaben nach dem Hessischen Brand- und Katastrophenschutzgesetz (HBKG)

- Magistratsvorlage Nr. 049/16/21 -

Bürgermeister König erläutert die IKZ der Brand- und Katastrophenschutz des Landkreises und teilt mit, dass voraussichtlich am 22.12.2017 ein neues Fahrzeug mit Wechsellader in Betrieb genommen werden kann. Zu dem Fahrzeug gibt es über die IKZ einen Tankbehälter.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Es erfolgten keine Wortbeiträge

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 049/16/21 ergibt folgendes Ergebnis:

Ja-Stimmen 37

Nein-Stimmen 0

Enthaltungen 0

Zu TOP 10

Förderung und Etablierung von Blühstreifen und -flächen in Linden „Bienenfreundliche Stadt“

- Antrag SPD – Fraktionsantrag Nr. 049/16/21 -

Frau Markgraf verzichtet auf eine kurze Vorstellung des Fraktionsantrages.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Frau Markgraf ist erfreut, dass bereits einige Maßnahmen durch die Stadt auf den Weg gebracht wurden.

Herr Frank Rippl findet die Maßnahme gut und war von der Zusammenarbeit mit Revierförster Sennstock begeistert.

Herr Bausch erläutert, dass die Jagdgenossenschaft bereits tätig geworden ist und Fördermittel

beantragt hat. In Kooperation mit einigen Landwirten wurde bereits das erste Saatgut ausgebracht.
Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 049/16/21 ergibt folgendes Ergebnis:
Ja-Stimmen 37
Nein-Stimmen 0
Enthaltungen 0

Zu TOP 11

Antrag zur Veröffentlichung der Protokolle auf der Internetseite der Stadt Linden und im zukünftigen Ratsinformationssystem
- Antrag FDP – Fraktionsantrag Nr. 051/16/21 -

Herr Reinwald stellt den Antrag kurz vor und gibt entsprechende Erklärungen ab.

Frau Lodde teilt mit, dass im HFA über eine Ergänzung gesprochen wurde, die aber nicht mitbeschlossen wurde, dies sollte heute Abend geschehen. Ergänzt werden soll:

Als Anlagen sollen die Anfragen und Antworten gemäß § 16a und § 16b der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden beigefügt werden. Die Geschäftsordnung ist entsprechend zu ändern.

Herr Burckart fragt nach, ob es so auch im Protokoll steht.

Antwort Frau Lodde: Steht so nicht im Protokoll.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Herr Hille stimmt zu, dass die Protokolle zugänglich sein müssen. Die Ergänzung ist dem Beschlussantrag anzufügen, damit über das Ganze abgestimmt werden kann.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 051/16/21 ergibt folgendes Ergebnis:
Ja-Stimmen 37
Nein-Stimmen 0
Enthaltungen 0

Zu TOP 12

Antrag auf Nichtverwendung von Glyphosat-haltigen Pestiziden
- Antrag Bündnis 90 / DIE GRÜNEN – Fraktionsantrag Nr. 052/16/21 -

Herr Dr. Schütz stellt den Antrag kurz vor und gibt entsprechende Erklärungen ab.

Der Antrag wird in den Ausschuss Bauplanung und Umwelt verwiesen.

Zu TOP 13

Einbringung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes der Stadt Linden sowie des Wirtschaftsplanes der Stadtwerke der Stadt Linden für das Jahr 2018
- Magistratsvorlage Nr. 056/16/21 -

Bgm. König bringt die HH-Satzung und den HH-Plan der Stadt Linden und den Wirtschaftsplan der Stadtwerke der Stadt Linden für das Jahr 2018 ein und gibt noch einige Erläuterungen ab.

Er bittet um entsprechende Beratungen in den Ausschüssen.

Die Termine für die Ausschüsse stehen bereits fest.

Kenntnisnahmen:

Zu TOP 14

Mitteilungen und Ergebnisse zu vorliegenden Anfragen / Prüfanträge

- a1) **Anfrage der FDP-Fraktion bezüglich öffentlichen Wege im Außenbereich**
- a2) **Anfrage der FDP-Fraktion bezüglich der Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung zu FDP-Fraktionsantrag 031/16/21**
- a3) **Anfrage der CDU-Fraktion bezüglich der Errichtung der Photovoltaik-Anlage auf dem Dach der Kindertagesstätte Regenbogenland**
- a4) **Anfrage der FDP-Fraktion bezüglich der Vergabep Praxis der Stadt Linden – Planungs-, Ingenieur- und Architektenleistungen**
- a5) **Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN bezüglich städtischer Kinderspielplätze**
- a6) **Anfrage der Stadtverordneten Karin Lenz bezüglich des Zeitungsartikels im Gießener Anzeiger am Samstag, 02.12.2017 „Unmut im Stadtzentrum“**

Der TOP 14 a6) wurde auf den TOP 4 verschoben und dort abgearbeitet,

Stadtverordnetenvorsteher Burckart teilt mit, dass die Antworten schriftlich vorgelegt wurden.

TOP 14 a1) auf Aussprache wird verzichtet.

TOP 14 a2) auf Aussprache wird verzichtet.

TOP 14 a3) auf Aussprache wird verzichtet.

TOP 14 a4) Herr Reinwald teilt mit, dass auf diese Anfrage keine Antwort erfolgte.

Bürgermeister König antwortet darauf, dass auf Grund der Erkrankung einer Fachkraft sowie der Erstellung des Haushaltsplanes es nicht möglich war, die Anfrage fristgerecht zu beantworten. Im Februar soll die entsprechende Antwort erfolgen.

TOP 14 a5) auf Aussprache wird verzichtet.

Zu TOP 15

Verschiedenes

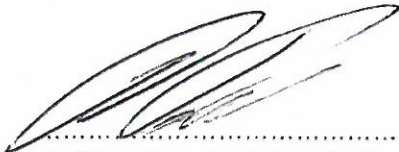
Herr Reinwald bittet darum, den Haushaltsentwurf auch als PDF zur Verfügung zu stellen.

Dies soll durchgeführt werden

Herr Leun bittet darum, Informationen und Protokolle der Ausschüsse an alle Fraktionsmitglieder weiter zugeben.

Herr Burckart bedankt sich bei allen und schließt die Sitzung.

Ende der Sitzung: 21.55 Uhr



Ralf Burckart, Stadtverordnetenvorsteher



Petra Schäfer, Protokollantin